



Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie
Postfach 31 80 | 55021 Mainz

Vorsitzender des
Sozialpolitischen Ausschusses
Herrn Dr. Timo Böhme, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz



DIE MINISTERIN

Bauhofstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2452
Mail: poststelle@msagd.rlp.de
www.msagd.rlp.de

21. März 2018

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
PuK-01 421-2-22/18		Dagmar Rhein-Schwabenbauer Dagmar.Rhein@msagd.rlp.de	06131 16-2415 06131 1617-2415

15. Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses am 8. März 2018

hier: TOP 6

Kinderreport 2018: Bekämpfung von Kinderarmut

Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, Vorlage 17/2702

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Dr. Böhme,

anlässlich der Erörterung des oben genannten Tagesordnungspunktes in der 15. Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses am 8. März 2018 habe ich zugesagt, die Zahlen des Kinderreports 2018 nach sozialem Status/Herkunft und gegebenenfalls Flüchtlingskindern aufzugliedern.

Ich berichte daher wie folgt:

Für den Kinderreport 2018 wurden im November/Dezember 2017 zwei Umfragen durchgeführt - eine unter Kindern und Jugendlichen im Alter von 10 bis 17 Jahren und eine unter Erwachsenen ab 18 Jahren. Befragt wurden insgesamt 1.621 Personen, davon 620 Kinder und Jugendliche sowie 1.001 Erwachsene.

Themenschwerpunkt des diesjährigen Kinderreports ist die Kinderarmut in Deutschland. Dazu wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Erhebung zu folgenden Punkten befragt:

- 1 -

Blinden und sehbehinderten
Personen wird dieses Dokument
auf Wunsch auch in für sie wahr-
nehmbarer Form übermittelt.

Abteilung Gesundheit:
Stiftsstraße 1-3 • Fax 06131/164375



- Wie die Aktivitäten von Staat und Gesellschaft bewertet werden, um Kinderarmut in Deutschland zu bekämpfen,
- welche Gründe es für Kinderarmut in Deutschland gibt,
- welche Unterstützungsmaßnahmen für einkommensschwache Familien mit Kindern für sinnvoll erachtet werden und
- ob die Befragten dazu bereit wären, mehr Steuern zu zahlen, wenn damit das Problem der Kinderarmut in Deutschland wirkungsvoll bekämpft werden könnte.

Die Ergebnisse des Kinderreports 2018 sind teilweise nach sozialen beziehungsweise parteipolitischen Merkmalen differenziert dargestellt. Daten nach dem sozialen Status beziehungsweise der sozialen Herkunft oder separat für Flüchtlingskinder sind im Speziellen nicht ausgewiesen. An einigen Stellen sind die Antworten der Befragten jedoch nach der Schulartzugehörigkeit der Kinder und Jugendlichen und nach dem Haushaltsnettoeinkommen aufgeschlüsselt abgebildet. Sofern solche differenzierten Daten vorliegen, sind diese in der nachfolgenden Darstellung enthalten.

Themenbereich „Aktivitäten von Staat und Gesellschaft zur Bekämpfung von Kinderarmut“

Rund drei Viertel der befragten Erwachsenen (72 Prozent) und befragten Kinder und Jugendlichen (77 Prozent) sind der Ansicht, dass in Deutschland von Staat und Gesellschaft zu wenig gegen Kinderarmut getan wird.

Themenbereich „Gründe für Kinderarmut“

Folgende Ursachen für Kinderarmut wurden von den Befragten am häufigsten genannt:

- zu geringe Einkommen (Kinder und Jugendliche: 94 Prozent; Erwachsene: 84 Prozent),
- unzureichendes Engagement der Politik (Kinder und Jugendliche: 90 Prozent; Erwachsene: 73 Prozent),



- eine zu geringe Unterstützung von Alleinerziehenden (Kinder und Jugendliche: 89 Prozent; Erwachsene: 81 Prozent),
- fehlende Bildungschancen für arme Kinder (Kinder und Jugendliche: 68 Prozent; Erwachsene: 78 Prozent).

Themenbereich „Bekämpfung von Kinderarmut“

Bei der Frage, wie Kinderarmut bekämpft werden sollte, fordert ein Großteil der befragten Erwachsenen eine umfassende Veränderung politischer Rahmenbedingungen.

Folgende Maßnahmen wurden von den befragten Erwachsenen vor allem gefordert:

- Lernmittelfreiheit (94 Prozent),
- mehr Fachkräfte und Sozialarbeiter in Schulen und Kitas, die sich um benachteiligte Kinder kümmern (93 Prozent),
- kostenloser Zugang zu Kultur- Freizeiteinrichtungen (87 Prozent),
- kostenlose Ganztagsbetreuung in Schulen und Kitas (87 Prozent),
- mehr Beratung, zum Beispiel durch Sozialarbeiter oder in staatlichen Einrichtungen (84 Prozent).

Folgende Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut erhielten von den befragten Kindern und Jugendlichen die höchsten Zustimmungswerte:

- Lernmittelfreiheit (97 Prozent),
- mehr Fachkräfte und Sozialarbeiter in Schulen und Kitas, die sich um benachteiligte Kinder kümmern (93 Prozent),
- kostenfreies Essen in Schulen und Kitas (92 Prozent),
- Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze für Kinder (92 Prozent),
- kostenlose Ganztagsbetreuung (91 Prozent).



Die Wichtigkeit der Unterstützungsmaßnahmen wird von den befragten Kindern und Jugendlichen auf Gymnasien und auf Hauptschulen teilweise sehr unterschiedlich eingeschätzt:

	Einschätzung der Maßnahmen durch die befragten Kinder und Jugendlichen als wichtig beziehungsweise sehr wichtig	
	auf dem Gymnasium	auf der Hauptschule
kostenloser Zugang zu Kultur- und Freizeiteinrichtungen	84 %	91 %
kostenfreies Essen in Schulen und Kitas	90 %	94 %
Lernmittelfreiheit	98 %	94 %
Gutscheine für Bildung, Kultur und Sport	82 %	97 %
Anhebung des Hartz-IV-Regelsätze für Kinder	90 %	89 %
Erhöhung des Kindergeldes	88 %	83 %
kostenlose Ganztagsbetreuung	91 %	100 %
mehr Fachkräfte und Sozialarbeiter/innen in Schulen und Kitas, die sich um benachteiligte Kinder kümmern	92 %	94 %
mehr Beratung, z.B. durch Sozialarbeiter oder in staatlichen Einrichtungen	78 %	91 %
eine intensivere Berichterstattung über Kinderarmut und Kinder-Unterstützung in den Medien	73 %	86 %



Themenbereich „Erhöhung von Steuern zur Bekämpfung der Kinderarmut“

Knapp zwei Drittel der befragten Erwachsenen (64 Prozent) wären bereit, mehr Steuern zu bezahlen, wenn damit das Problem der Kinderarmut in Deutschland wirksam bekämpft würde. In der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen ist diese Bereitschaft am ausgeprägtesten (84 Prozent).

Je nach Einkommenssituation der Befragten differiert die Bereitschaft zur Steuererhöhung. So sind die Befragten mit hohem Einkommen häufiger zur Zahlung höherer Steuern bereit, als die mit niedrigem Einkommen und vor allem diejenigen mit einem mittleren Einkommen:

Haushaltsnettoeinkommen	Bereitschaft der befragten Erwachsenen für eine Steuererhöhung
unter 1.500 Euro	68 Prozent
1.500 bis 3.000 Euro	60 Prozent
3.000 Euro und mehr	70 Prozent

Eine Steuererhöhung wird dagegen von einer Mehrheit der befragten Kinder und Jugendlichen abgelehnt (73 Prozent). Von den Autoren wird vermutet, dass die Frage von den Kindern und Jugendlichen anders verstanden oder interpretiert wurde oder sie mit dem Konzept von Steuern noch nicht hinreichend vertraut sind.

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Bätzing-Lichtenthäler